

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Redaktion: Braunschweig

Schließfach 399

Fernsprecher Nr. 2367

spd Nr. 10 - 4.7.46

Der Fall Polen

spd. Das endgültige Schlussergebnis der polnischen Volksabstimmung über die drei Fragen Abschaffung des Senates, Beibehaltung des gegenwärtigen, eng an die russischen Formen angelehnten Wirtschaftssystems und Eintreten für die Oder-Neisse-Linie als polnische Westgrenze wird eine Prozentziffer von Ja-Stimmen bringen, die an die besten Zeiten Hitlerscher Volksabstimmungen erinnert. Wer daran zweifelt, verkennt die innerpolnischen Machtverhältnisse, die mit der eigentlichen Stimmungssituation der polnischen Bevölkerung allerdings wenig zu tun haben.

In Polen herrscht die PPR (Polska Partia Robotnicza) d.h. die Kommunistische Partei, mit der die Sozialisten ein Zwangsbündnis nach der Art der SED in der russischen Zone Deutschlands eingegangen sind, wenn in Polen beide Parteien auch formell selbständig sind. Jedenfalls verfügt die PPR über alle wichtigen Schlüsselpositionen der Verwaltung, und der Führer der Bauernpartei, der Stellvertretende Ministerpräsident Mikolajczyk, kämpft einen verzweifelten Kampf um die kümmerlichen Reste seines Einflusses in der Regierung.

Betrachtet man von der drei Fragen nur die dritte, so kommt man zu der Auffassung, dass der Zweck der Volksabstimmung, die kein regulärer Wahlakt, sondern eine politische Demonstration war, für die polnische Regierung darin bestand, dem fait accompli, das sie in der Frage der Westgrenze zu schaffen suchte, durch eine möglichst geschlossenen wirkende Zustimmung des polnischen Volkes erhöhtes Gewicht zu geben. Die Aussichten darauf, dass dieser Schluss auch in der westlichen Welt gezogen wird, sind freilich sehr gering. Im Gegenteil: In England und Amerika erhebt man schwere Vorwürfe gegen die polnische Regierung, dass sie ihre Potsdamer Zusage auf Ausschreibung möglichst baldiger freier Wahlen (die nunmehr erst in Herbst stattfinden sollen) nicht eingehalten habe, dass bei der Vorbereitung und Durchführung der Abstimmung vom 30. Juni der Opposition nicht entfernt die gleichen Rechte zustanden wie der Regierung und den sie stützenden Parteien, dass diese Regierung die Entscheidung über die künftige polnische Westgrenze entgegen den klaren Bestimmungen von Potsdam vorweg zu nehmen versuche, und dass die Polen nicht in der Lage seien, dieses von ihnen beanspruchte und heute schon verwaltete Gebiet so wie es gerade heute dringend notwendig ist, zu bewirtschaften.

In diesem letzten Punkte sind England und Amerika deshalb be-

sonders interessiert, weil sie schliesslich die Kosten für diese polnische Unfähigkeit zu tragen haben, den landwirtschaftlich ergebnisreichsten Teil Deutschlands der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Heute ist groteskerweise aus diesem landwirtschaftlichen Überschussgebiet ein Zuschussgebiet geworden, und diese Zuschüsse erwarten die Polen - aus Übersee. Die polnische Regierung muss andererseits zugeben, dass die Lage im Innern des Landes alles andere als geordnet ist und sie kann billigerweise von Engländern und Amerikanern z.B. keine Begeisterung darüber erwarten, dass insgesamt ungefähr 100 000 Juden in Polen als "Verfolgte" angesehen und behandelt werden, die auf nichts anderes als auf ein Verlassen Polens sinnen. 40 000 davon sind bereits für die amerikanische Zone angemeldet. Die gegenwärtige Unsicherheit in Polen bezieht sich übrigens durchaus nicht nur auf die Juden. Auf einer Versammlung von 32 polnischen Bischöfen und Erzbischöfen wurde kürzlich ein Hirtenbrief entworfen und von den Kanzeln der polnischen Kirchen verlesen, der die terroristischen Umtriebe in Polen anprangerte, die polnische Sicherheitspolizei scharf kritisierte und der Regierung den Vorwurf machte, sie unterdrücke die persönliche Freiheit. Gewalttaten dieser Art haben aber in der letzten Monaten auch zahlreichen russischen Offizieren und Soldaten das Leben gekostet, die von illegalen nationalistischen Banden getötet wurden. Diese Tatsache hat dazu geführt, dass auch von Moskau der polnischen Regierung Vorwürfe wegen ihrer Unfähigkeit gemacht worden sind, Ordnung zu halten.

Das Ergebnis der Volksabstimmung in Polen hat also auch gerade soweit es das Eintreten für die spätere Umwandlung der gegenwärtigen Verwaltungsgrenzen Polens in künftige polnische Staatsgrenzen betrifft, nur als eine einseitige, demonstrative Stellungnahme der kommunistisch beherrschten Regierung in Warschau angesehen werden, als der Versuch, eine Tatsache vorwegzunehmen, über die erst, wie international festgelegt wurde, die kommende Friedenskonferenz entscheiden soll.

----- Übernationale Gesichtspunkte -----

spd. Die Labour-Regierung in England und die sozialistische Partei in Frankreich haben dieser Tage Beschlüsse gefasst, die dem hohen Verantwortungsgefühl der Sozialdemokraten dieser Länder ein gutes Zeugnis ausstellen und die zeigen, dass das Wort von der internationalen Solidarität des Sozialismus gerade heute erhebliche praktische Bedeutung gewinnen kann, weil die sozialistischen Einflüsse auf die Politik der betreffenden Länder erheblich, zum Teil massgebend sind.

In England entschloss man sich zu einer Kürzung der Brotaktion, die während des ganzen Krieges verniedert werden konnte. Die Massnahme ist dort sehr unpopulär, wenn es auch für den kleinen englischen Haushalt ungleich grössere Ausweichmöglichkeiten in andere Lebensmittel gibt als etwa in Deutschland. Und in Frankreich hat Leon Blum in "Populaire" - was in diesem Lande den allgemeinen Wünschen nicht weniger zuwiderläuft - in Gegensatz zur Republikanischen Volkspartei und zu den Kommunisten gegen eine Abtrennung des Ruhrgebietes und des

In beiden Fällen sind also übernationale Gesichtspunkte - die Linderung der Hungersnot in Europa und die Schaffung eines lebensfähigen Deutschland - für diese Entschlüsse massgebend gewesen. Das ist ein begrüßenswerter Beweis dafür, dass die sozialistische Arbeit auch in der Tagespolitik des eigenen Landes nicht an den Grenzen eben dieses eigenen Landes und seinen vermeintlichen engen Interessen Halt machen sollte.

Der nationale Kommunismus in Europa

(Von Robert Botzat)

Anstelle demokratischer Verständigung durchläuft eine nationalistische Welle nach der anderen das zerfledderte Europa der Nachkriegszeit. Die durch den Krieg besonders betroffenen Völker unseres Erdteils sehen leider häufig in der Forderung nationalster Belange die beste Möglichkeit zu einer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Befriedung. Derartige Formulierungen sind nicht mehr das Privileg der Rechtsparteien. Die extreme Linke, die kommunistische Partei, hat sich nationale Ideen in den erwähnten Ländern fast überall zu eigen gemacht. Weder in Russland, noch in Italien oder Jugoslawien, weder in Frankreich noch in Deutschland oder in der Tschechei ist der ehemals so fanfarenhaft verkündete Aufruf "proletarier aller Länder vereinigt Euch" heute zu vernehmen, und von der internationalen Solidarität der Schaffenden ist wenig die Rede. Die Komintern, die im Kriege offiziell aufgelöst wurde, scheint zumindest in den programmatischen Erklärungen der kommunistischen europäischen Parteien vorläufig nicht wieder aufzuleben. Die Situation hat sich geändert. Überall marschieren die Kommunisten mit in den nationalen Fronten und der klassenbewusste europäische Arbeiter sucht den Gedanken der Internationale vergebens in den Aufrufen der kommunistischen Parteien.

Seitdem Russland die Kommunistische Internationale aus innen- und aussenpolitischen Gründen als nicht zweckmässig erklärte, ist es in jeder Hinsicht besser instande, nationale Ziele vorbehaltlos zu verfolgen als vorher. Wenn heute der kommunistische russische Arbeiter dem russischen Soldaten den Befehl gibt, dem deutschen kommunistischen Arbeiter die Maschinen unter der Hand wegzuschaffen, so kann von einer Solidarität der Schaffenden beider Länder kaum mehr gesprochen werden. Wenn der deutsche Kommunist sich gegen die Abtrennung der Ruhr und des Rheinlandes verwahrt, weil ihm dadurch die Existenzmöglichkeit genommen wird und der französische Kommunist eben diese Gebiete zum Wiederaufbau Frankreichs und aus Sicherheitsgründen auf das heftigste verlangt, dann kann man auch hier von einigenden Parolen kaum reden. Wenn tschechische Kommunisten als stärkstes ihrer Wahlargumente die Vereinigung aller Slawen fordern, um ein geeintes Deutschland zu verhindern, währenddessen deutsche Kommunisten eben für ein zentral geführtes Reich aus wirtschaftlichen Gründen eintreten, so ist hier ebenfalls eine absolut konträre Stellungnahme zu verzeichnen. Italienische Kommunisten benötigen Triest und jugoslawische Kommunisten können auf diesen Hafen nicht verzichten. Die Solidarität des europäischen Arbeiters scheint tot.

Es ist schwer zu entscheiden, wieweit internationale Bindungen

der kommunistischen Parteien vorhanden sind; und wie weit die Kommu-
nisten der verschiedenen Länder nach Russland tendieren. Man hat gesagt,
dass die Neigung der europäischen Kommunisten zu nationalistischen
Parolen von einer zentralen Stelle inspiriert würde. Das mag sein,
kann aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die kommunisti-
schen Arbeiter Europas zumindest jetzt und in der nächsten Zukunft
die Lasten solcher kostspieligen Verpflichtungen allein zu tragen ha-
ben. So haben sich die Kommunisten in mehreren europäischen Ländern
von den Parteigängern einer internationalen Solidarität, in der na-
tionalistische Ziele weder Unterstützung noch Existenzberechtigung
finden, zu Nationalisten mit sozialen Kolorit gewandelt. Aber es wäre
wohl verfehlt, darin viel mehr als eine taktische Massnahme zu sehen,
die doch wieder auf die Direktive einer Zentrale, schliessen lässt.
Man kann also annehmen, dass Russland die Losungen der Verbrüderung
vorerst etwas zur Seite gestellt hat, weil diese ihm in früheren Jah-
ren zwar die Sympathien der Arbeiter, aber nicht das Vertrauen der
Regierungen gebracht haben. Es wäre das eine Deutung, die sich zwang-
los in das Bild sowjetischer Anpassung an politische Gegebenheiten,
anders ausgedrückt an das russische Bedürfnis, realpolitisch zu han-
deln, einfügt.

Erich Ollenhauer in London

spd. Der zweite Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands, Erich Ollenhauer, hatte dieser Tage in London Gelegen-
heit zu einem ausführlichen politischen Gespräch mit dem britischen
Staatsminister für Deutschland, Hynl. Der Inhalt der Aussprache er-
streckte sich auf alle wesentlichen Fragen des deutsch-englischen
Verhältnisses und des politischen Neubaus Deutschlands vor allem in
der britischen Zone. Erich Ollenhauer ist inzwischen nach Deutschland
zurückgekehrt.

SPD-Südbaden bleibt selbständig

spd. Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei
Land Baden-Französische Zone hat sich jetzt endgültig entschlossen,
das kommunistische Angebot zur Bildung einer Einheitspartei abzuleh-
nen, nachdem bei der SPD in Südbaden vorübergehend eine gewisse Nei-
gung zu einem engeren Zusammengehen mit der KPD bestanden hatte.
Grund für das Scheitern des Planes sind, wie man hört, vor allem
Wünsche bzw. Forderungen der KPD gewesen, die den Vertretern der
SPD nicht annehmbar schienen.

T a t s a c h e n

spd. Deutschland hatte 1938 eine Fläche von 470 000 qkm,
eine Bevölkerung von 69,32 Millionen Menschen, so dass 147,3 Ein-
wohner auf einen qkm wohnten. Damals wohnten in dem Gebiet, das
heute britische Zone ist, 20,35 Millionen, in der amerikanischen
Zone 13,87 Millionen, in der französischen 6,04 Millionen, in der
russischen (ausser Berlin) 15,18 Millionen, in Berlin 4,34 Millionen.

im heute polnischen Verwaltungsgebiet 8,27 Millionen und im russischen Verwaltungsgebiet (Ostpreussen) 1,27 Millionen. Dazu kamen etwa 3,35 Millionen Deutsche in der Tschechoslowakei, 380 000 in Danzig, 502 000 in Polen, 470 000 in Ungarn, 120 000 in den baltischen Staaten, etwa 200 000 auf dem Balkan. Das waren zusammen 74,342 Millionen Deutsche in Europa. Wenn sie heute auf das Gebiet westlich Oder und Neisse zusammengedrängt werden, so müssten etwa 210 auf einem qkm wohnen (gegen 147,3 im Jahre 1938).

Erinnerung an das Ermächtigungsgesetz

Sd als einzige Partei gegen Selbstentmündigung

spd. Am 23. März 1933 stauten sich an den Anfahrtsstrassen zur Krolloper in Berlin einige tausend Menschen, die teils aus Neugierde, teils aus Lust an Demonstrieren gekommen waren. Es waren nicht sehr viele, aber in der Mehrzahl machten sie gewaltigen Gebrauch von ihrer Stimme. Die Ruhigen und Vernünftigen waren wieder einmal - leidet - resignierend zu Hause geblieben und dachten sich ihr Teil. Von draussen drangen bis in die Wandelgänge Sprechchöre, die mit dem notonen Ruf nach der politischen Selbstentmündigung verlangten "Wir wollen das Ermächtigungsgesetz Wir wollen das Ermächtigungsgesetz." Ein beschämendes und beängstigendes Schauspiel zugleich, eine in der neueren Geschichte wohl beispiellose Selbstenthüllung politischer Unfähigkeit und Unreife.

"Entwurf eines Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich" war der offizielle Name, unter dem das sogenannte Ermächtigungsgesetz dem Reichstag vorgelegt wurde, einen Reichstage übrigens, in dem die Kommunisten nicht mehr vertreten waren und der schon wegen des Fehlens dieser Partei keinen Anspruch mehr darauf erheben konnte, ein getreues Spiegelbild des politischen Willens in deutschen Volke zu sein. Das Gesetz bestimmte in seinen wesentlichen Punkten, dass Reichsgesetze ausser in den in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch von der Reichsregierung beschlossen werden könnten und dass diese Gesetze auch von der Reichsverfassung abweichen könnten - das letzte mit einigen Ausnahmen.

Als einzige aller Parteien, die noch vertreten waren, lehnte damals die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das Gesetz ab. Sie tat es durch die berühmt gewordene Rede des Genossen Wels, aus der heute die folgenden Sätze aktuellste Bedeutung haben: "Die Wahlen vom 5. März haben den Regierungsparteien die Mehrheit gebracht und damit die Möglichkeit gegeben, streng nach Wortlaut und Sinn der Verfassung zu regieren. Wo diese Möglichkeit besteht, besteht auch die Pflicht. Noch niemals, seit es einen deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solcher Masse ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht, und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muss sich umso schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewe-

gungsfreiheit entbehrt. Die Herren von der Nationalsozialistischen Partei nennen die von ihnen entfesselte Bewegung eine nationale Revolution. Das Verhältnis ihrer Revolution zum Sozialismus beschränkt sich bisher auf den Versuch, die sozialdemokratische Bewegung zu vernichten, die seit mehr als zwei Menschenaltern die Trägerin sozialistischer Gedankengutes gewesen ist und auch bleiben wird. Wollten die Herren von der Nationalsozialistischen Partei sozialistische Taten verrichten, sie brauchten kein Ermächtigungsgesetz. Eine erdrückende Mehrheit wäre ihnen in diesem Hause gewiss

Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen (zu den Regierungsparteien gewandt) die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen. Wir grüssen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüssen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft."

Teilung Deutschlands?

Die folgende Information, die nicht zur Veröffentlichung bestimmt ist, stammt von besonders gut unterrichteter französischer Seite. Redaktion.

spa. Die Hauptfrage ist gegenwärtig die der politischen und ökonomischen Organisation Deutschlands. Herr Molotow hat sich noch nicht aus seiner Reserve herausgegeben. Gewisse Leute sind der Meinung, dass dieser Umstand auf den besonderen Wunsch zurückzuführen ist, keine Partei zwischen den deutschen und französischen Kommunisten zu nehmen, die eine entgegengesetzte Stellung in der Ruhr- und auch der Saarfrage bezogen haben, und auf das allgemeine Bestreben, die Partner im Unklaren über die russischen Absichten zu lassen.

In London vermutet man, dass die sowjetische Politik eine Politik des Aufschiebens sei. Die UdSSR hätte in Deutschland zwei verschiedene Karten gespielt: nämlich die der Einheit und die der Zonenenteilung. Durch die Einschaltung einer Einheitspartei hätte Moskau daran gedacht, seinen Einfluss auf ganz Deutschland auszudehnen. Da aber die Sozialisten der Westzonen und auch die englische und amerikanische Militärregierungen diesen Plan zu verwerfen scheinen, dürften die Russen geneigt sein, sich auf ihre Zone zu beschränken und sich dort zu befestigen. Tatsächlich lehnt sich die russische Zone immer mehr politisch und wirtschaftlich an die UdSSR an. Dadurch, dass Russland sich bemüht, diese Assimilation zu vervollkommen, dürfte es sich an einer Regelung des gesamtdeutschen Problems desinteressieren.

Es ist Tatsache, dass die englische Meinung seit kurzem sich so entwickelt, als ob sie schon eine Realität wäre. Nachdem sie lange Zeit die These der deutschen Einheit vertreten hat, gibt sie heute zu verstehen, dass die sowjetische Haltung diese Einheit unmöglich machen dürfte. Immer zahlreichere englische und amerikanische Stimmen schlagen vor, dass Westdeutschland als eine verringerte, aber noch wichtige Einheit organisiert werden könnte, da es noch $\frac{2}{3}$ der deutschen Bevölkerung umfasst.

Verantwortlich für Herausgabe und Inhalt: Fritz Säger, Braunschweig